

Roman Thilenius
Schillerstr. 7
63477 Maintal

Staatsanwaltschaft Darmstadt/Offenbach
Justizzentrum
Kaiserstraße 16-18
63065 Offenbach

15.07.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit stellt der Unterzeichner

Strafantrag wegen Beleidigung

gegen Frau Seran Vural, Mitarbeiterin der MainArbeit.

Der Unterzeichner berät Kunden des Offenbacher Jobcenters in Angelegenheiten ihres Leistungsbezuges nach dem zweiten Sozialgesetzbuch.

Am 03.06.2015 sprach ich im Schalterbereich der MainArbeit, Kommunales Jobcenter Offenbach vor, und bat im Auftrag eines Kunden um die Aushändigung von Zahlbelegen bzw. Kontoauszügen für einen bestimmten Zeitraum in der Vergangenheit.

Ich wurde nach zwei Stunden Wartezeit um 11:58 Uhr an Schalter 4 zu Frau Vural aufgerufen.

Nachdem ich mein Anliegen mitgeteilt hatte, bekam ich von ihr die Auskunft, dass sie neben einer schriftlichen Vollmacht und meinem Personalausweis auch noch den Personalausweis meines Vollmachtgebers vorgelegt haben möchte.

Daraufhin fragte ich sie nach dem Grund dafür, und teilte ihr mit, dass ich diese Form der Mitwirkung nicht erfüllen kann, da ich schon aus rechtlichen Gründen keine fremden Ausweisdokumente besitzen darf.

Die Mitarbeiterin ließ mich wissen, dass sie

1.) mir unterstellt, die Vollmacht sei nicht echt: *"Sie haben die Vollmacht doch bestimmt selbst unterschrieben!"*. Daher wolle sie nun anhand der Unterschrift auf dem Personalausweis des Kunden die Unterschrift auf der Vollmacht auf deren Echtheit hin überprüfen.

2.) den Personalausweis des Kunden im Übrigen schon deswegen benötige, da sie ohne dieses Dokument aus Gründen des Datenschutzes nicht auf die Leistungsakte des Kunden zugreifen könne.

Punkt 2 ist ganz offensichtlicher Unsinn, und zwar alleine schon deswegen, weil man Zahlbelege oder Kontoauszüge keinesfalls in der Leistungsakte des Kunden finden kann - diese Dokumente gibt es nur bei der Zahlstelle oder beim Leiter der Abteilung Controlling und Finanzen.

Punkt 1 unterstellt mir sinngemäß eine Urkundenfälschung begangen zu haben, um mir Informationen anzueignen ohne hierzu befugt bzw. beauftragt zu sein.

Die Mitarbeiterin beriet mich auch weiterhin unaufgefordert in rechtlichen Angelegenheiten.

Unter anderem stellte sie fest, so etwas wie eine Bevollmächtigung gäbe es überhaupt nicht im Sozialrecht, und ich würde hier Handlung begehen, die mir untersagt seien: *"Das mit dieser Bevollmächtigung da, das ist ja nur, wenn der Kunde bettlägerig ist oder so. Das dürfen Sie ja gar nicht!"*

Als ich vorsichtig widersprach, entgegnete mir die Mitarbeiterin: *"Ach, Sie diskutieren wohl gerne."* Ich stellte klar, dass ich keinesfalls mit ihr diskutieren wollte, sondern dass ich einfach nur um Zahlbelege bitte.

Ich bot ihr an, dass sie mir gerne schriftlich bestätigen könne, dass sie den Ausweis des Kunden von mir anfordern würde, und dass sie mir gleichzeitig auch eine persönliche Erklärung unterschreibt, in der sie die Haftung für alle zivilrechtlichen Schäden, die daraus resultieren können, übernimmt. Dann käme ich morgen noch einmal, andernfalls würde ich jetzt um Bearbeitung des Vorgangs bitten.

Daraufhin rief die Mitarbeiterin den Sicherheitsdienst, und ließ mich wissen, dass sie das Gespräch jetzt beende. Als ich sie bat, den Geschäftsführer oder den Teamleiter zu holen, entfernte sich für circa 15 Minuten aus dem Schalterbereich und ließ mich alleine dort stehen.

Der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes forderte mich dann auf, den Schalterbereich zu verlassen, was ich aber nicht konnte, da mein Personalausweis zu diesem Zeitpunkt noch auf dem Tisch der Mitarbeiterin lag.

In der Vergangenheit kam es mehrfach vor, dass mir auf die gleiche Art und Weise mein Ausweis verlustig ging, und zwei mal schon sogar übers Wochenende im Besitz der MainArbeit war.

Im Zusammenhang mit dem in der Folge aufgetretenem Gebrauch des Hausrechtes, welches die MainArbeit mit körperlicher Gewalt gegen mich durchsetzte, stellen die o.g. Äußerungen eine erhebliche Beleidigung dar.

Ich muss hier feststellen, dass ich mir nicht in unfreundlichen Tonfall von Beamten der Stadt Offenbach unterstellen lasse, ich hätte Unterschriften oder Urkunden gefälscht oder "dürfe" schon mal grundsätzlich nicht fremde Angelegenheiten besorgen sondern täte dadurch etwas Unzulässiges.

Dass es bei meiner Vorsprache um die Aufklärung eines offensichtlichen Betrugsfalles durch Mitarbeiter der MainArbeit ging (siehe hierzu meine Anzeige vom 04.06.2015), setzt dem ganzen Vorfall nur noch die Krone auf.

Daher stelle ich hiermit, da auch Verleumdung und das Vortäuschen von Straftaten in Frage kommt, Strafantrag **aus allen rechtlichen Gründen**.

Es wird höflich darum gebeten, ein Aktenzeichen mitzuteilen und den Unterzeichner über den Ausgang möglicher Verfahren zu informieren.

mit freundlichen Grüßen

Roman Thilenius

Roman Thilenius
Schillerstr. 7
63477 Maintal

Staatsanwaltschaft Darmstadt/Offenbach
Justizzentrum
Kaiserstraße 16-18
63065 Offenbach

01.08.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

In der Sache

Strafantrag wegen Beleidigung gegen S. Vural vom 15.07.2015

teile ich mit, dass leider die dritte von insgesamt drei Seiten fehlte.

In der Anlage übersende ich daher noch einmal den kompletten Schriftsatz.

mit freundlichen Grüßen

Roman Thilenius